

Wenig Platz, sieben Kinder und dann noch Corona

PANDEMIE Viele geflüchtete Familien leben in den Gemeinschaftsunterkünften sehr beengt – Kritik am Sozialdezernat

Frankfurt – „Bleiben Sie zu Hause!“ – Mahnungen wie diese sind derzeit wegen der Corona-Krise auf vielen offiziellen Internet-Seiten zu lesen. Menschen mit kleinen Wohnungen trifft das besonders. Zum Beispiel Geflüchtete. In einer Pressemitteilung beschreibt der Verein „Mieter helfen Mietern“ nun zwei Beispiele von Familien, die in viel zu kleinen Unterkünften leben müssten, und fordert das städtische Sozialdezernat zum Handeln auf.

Beide Familien stammten aus Syrien und seien für den Aufenthalt in Frankfurt dauerhaft berechtigt, heißt es darin. Die neunköpfige Familie A. mit Kindern im Alter von vier bis 18 Jahren sei zunächst ein Jahr in einer umfunktionierten Turnhalle untergebracht gewesen. Im vergangenen September sei ihr eine Gemein-

schaftsunterkunft im Gutleut zugewiesen worden. Dort bewohne sie zwei Räume mit einer Gesamtgröße von 32 Quadratmetern, „die weder Rückzugs- noch Kochmöglichkeiten bieten“, schreibt der Verein. „Der Vater leidet an Epilepsie und hat vier Operationen hinter sich. Die Gemeinschaftsküche, die sich in einem anderen Gebäude befindet, sowie die sanitären Anlagen, die lediglich sieben Gemeinschaftsduschen für insgesamt zehn Familien umfassen, machen den Familienalltag in Zeiten der Covid-19-Pandemie unzumutbar.“

Auch Familie Z. mit drei Kindern im Alter von viereinhalb, sieben und neun Jahren habe in ihrer Übergangsunterkunft in Hausen nur wenig Platz zur Verfügung und müsse sich zwei Zimmer teilen. „Für eine fünfköpfige

Familie ist das einfach zu klein“, sagt Phuong Thanh Tran von „Mieter helfen Mietern“. Solche beengten Wohnverhältnisse wie bei diesen beiden Familien führten gerade in Zeiten von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten „zu extremen psychischen Belastungen“. Die Nutzung von Gemeinschaftsräumen erhöhe außerdem das Infektionsrisiko.

Sechs Quadratmeter pro Person reichen

Diese Zustände seien nicht länger haltbar, betont der Verein „Mieter helfen Mietern“, der dabei auch von den Vereinen „infra“ und „DaMigra“ unterstützt wird. Sie fordern das Sozialdezernat auf, beiden Familien deutlich größere Wohnungen zuzuweisen. „Um ei-

ne menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, müssen leerstehende Gebäude und Hotels von der Stadt mit sofortiger Wirkung für geflüchtete Familien zur Verfügung gestellt werden“, erklären die drei Vereine in diesem Zusammenhang. „Während der Corona-Pandemie ist angemessener Wohnraum für die körperliche und seelische Gesundheit wichtiger denn je.“ Hier stehe die Stadt in der Verantwortung.

Manuela Skotnik, Sprecherin von Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU), verweist auf die schwierige Situation auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt. Auf der Warteliste für Sozialwohnungen stünden derzeit mehr als 10 000 Haushalte. „Wir können die Wohnungen nicht backen“, sagt Skotnik. Die Angaben zu Familie A. seien außerdem nicht

korrekt. Sie lebe nicht auf 32, sondern auf 51,6 Quadratmetern. Für eine neunköpfige Familie sei das immer noch „sehr begrenzt“, räumt die Sprecherin ein: „Wenn wir bessere Möglichkeiten hätten, sie unterzubringen, würden wir das tun.“ Familie Z. hingegen sei mit der 48 Quadratmeter großen Übergangswohnung samt Küche und Bad in Hausen verhältnismäßig gut versorgt. „Das ist ein sehr modernes Haus in einem sehr guten Zustand“, betont Skotnik.

Bei der Größe der Unterkünfte orientiere sich das Sozialdezernat an den Vorgaben des Hessischen Wohnungsaufsichtsgesetzes, das neun Quadratmeter pro Person vorschreibe beziehungsweise sechs Quadratmeter, wenn es im Gebäude Gemeinschaftsräume – wie in Hausen – gebe.

BRIGITTE DEGELMANN